

## In der Taubstummengasse

Zum jüngsten „Petersburger Dialog“ in Moskau

Erhard Crome

Der jüngste „Petersburger Dialog“, dieses seit Jahren bestehende Forum deutsch-russischen Austausches, war dieses Mal weniger Dialog denn ein „Gespräch zwischen Tauben und Blinden“. So resümierte Wjatschew A. Nikonow, russischer Koordinator in der Arbeitsgruppe „Politik“, die Debatte. Bundeswirtschaftsminister Altmaier hatte die Eröffnungsrede gehalten und das wirtschaftliche Interesse Deutschlands an der Zusammenarbeit mit Russland, auch an der Ostseepipeline Nord Stream 2, betont. Über die Auswirkungen der US-amerikanischen Sanktionen auf die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen, so Altmaier, müsste gemeinsam beraten werden. Vorsitzender der deutschen Seite des Dialogs Ronald Pofalla erläuterte, mit den jüngsten Gesprächen zwischen Kanzlerin Merkel und Präsident Putin wurde deutlich gemacht, dass die wirtschaftliche Zusammenarbeit fortgesetzt werden kann, „Sanktionen hin oder her“. Der sozialdemokratische Europaabgeordnete Joachim Schuster erinnerte daran, dass etliche EU-Länder Nord Stream 2 ablehnten, fügte jedoch auch hinzu, dass Deutschland sich nicht oft über den Willen anderer EU-Länder hinwegsetzen könne. Regierungsnahe Teilnehmer der deutschen Seite beteten immer wieder das bekannte Sortiment anti-russischer Vorwürfe herunter. In Sachen Krim habe Russland „das Vertrauen“ zerstört. Von russischer Seite entgegnete man, dass das Vertrauen bereits zuvor zerstört worden sei: durch die Osterweiterung der NATO, die Bomben auf Jugoslawien, die Zerstörung Libyens, das der modernste Staat Afrikas war und nun ein Räuberstaat ist, durch das westliche Agieren im Syrienkrieg, das den IS erst beförderte. Horst Teltschik, einst Mitarbeiter von Bundeskanzler Kohl, wiederholte sein Monitum, es habe keine Zusage bezüglich Nichterweiterung der NATO nach Osten gegeben. Dabei vergisst er: Kohl war vor dem Zwei-plus-Vier-Vertrag über die deutsche Souveränität gar nicht befugt, derlei Zusage zu machen. Das war eine Zusicherung der US-Regierung an die Sowjetunion vom Februar 1990, die aber, wie russischerseits erinnert wurde, damals nicht in Vertragsform gegossen wurde.

Lieblingsthema der Regierungsdeutschen war der „Fall Skripal“. Auf den russischen Einwand, es gäbe keinen tatsächlichen Beweis für eine

russische Spur, wurde erklärt, die britische Seite hätte recherchiert. Vor die Wahl gestellt, ob Deutschland den Russen oder den Briten glauben solle, müsse man sich hinter den Verbündeten stellen. Wiktor A. Subkow, Vorsitzender der russischen Seite des Dialogs und Aufsichtsratsvorsitzender von Gasprom, betonte, die Briten wollten mit dem Aufbausuchen des Falles Skripal von den Schwierigkeiten der Brexit-Verhandlungen ablenken und die Wähler an der Nase herumführen. Den USA dienten die Sanktionen und die militärischen Eskalationen der NATO an den russischen Grenzen nur dazu, Deutschland und die EU fester an die USA zu binden und US-amerikanisches Flüssiggas zu verkaufen. Das jedoch sei 30 Prozent teurer als russisches Erdgas. Außerdem würde dies durch die Pipelines regelmäßig nach Westeuropa kommen, während man nicht sicher sein könne, ob die USA auch dann zuverlässig nach Europa liefern, wenn in Japan oder China die Preise steigen. Deutschland solle souverän entscheiden und seinen tatsächlichen Interessen folgen. Pofalla widersprach in rüdem Ton und meinte, bezüglich Skripal gehe es „um Fakten, die für uns unstreitig feststehen“. Was heißt eigentlich „für uns“? Vor diesem Hintergrund hoffte Nikonow, dass man „nicht der Beisetzung des Petersburger Dialogs“ beigewohnt habe. Russland sei nicht die Peripherie Europas, sondern das Zentrum Eurasiens. Wenn EU-Europa die Zusammenarbeit nicht wolle, hätte Russland die andere Richtung. Schuster hatte auf die grundlegenden Veränderungen in der Welt verwiesen: absteigende USA und ein aufsteigendes China. Dazwischen die EU und Russland. Wenn sie da rauskommen wollten, müssten sie kooperieren. Das jedoch war eine der wenigen konstruktiven deutschen Stimmen. Ansonsten wollte man den wirtschaftlichen Interessen des Exportweltmeisters nicht schaden, politisch aber nichts Konstruktives dafür tun. Der alte Bismarck wusste: „Russland ist nie so stark oder so schwach, wie es scheint.“ Das gilt in beide Richtungen. Das derzeitige Deutschland aber neigt wieder einmal dazu, sich für stärker zu halten, als es ist. 🌐

**Dr. habil. Erhard Crome**

geb. 1951, Politikwissenschaftler und Historiker, geschäftsf. Direktor des WeltTrends-Institut für Internationale Politik

[crome.institut@welttrends.de](mailto:crome.institut@welttrends.de)

